

Blauer Brief

Fraktionszeitschrift der AfD Köln

Blauer Brief | Sommer 2018



Gefährliche & verrufene Orte in Köln

Schlusslicht von NRW

Hotellaffäre

Klüngel wird Korruption

Seite 4

Dieselfahrverbote?

Die Ideologie im Auspuff

Seite 12

Inklusion

Schulkinder als Opfer

Seite 14



Alternative
für
Deutschland

Kölner Ratsfraktion

Editorial

Blauer Brief an alle, die in Köln etwas bewegen wollen

Den Blauen Brief, den gab es doch schon mal?

Richtig, er flatterte in die Briefkästen, wenn die Versetzung in der Schule gefährdet war.

Auch unser Blauer Brief erscheint, weil Gefahr besteht! Er kommt von der AfD, die im Rat der Stadt als jüngste Fraktion aus der Nähe verfolgt, wie in den Altparteien die Drähte gezogen werden. Wenn ein Mann wie Konrad Adenauer, Enkelsohn des legendären Kanzlers und Kölner Oberbürgermeisters, mit dem Ausdruck heftigsten Ekels die „Unterweltmethoden“ der Schwarzen, Grünen und Roten im Rat geißelt, dann bedeutet das höchste Alarmstufe. Mit dem Klüngel, den der alte Konrad selber meisterhaft beherrscht hat („Man kennt sich, man hilft sich“) haben die aktuellen Machenschaften in der Tat gar nichts mehr zu tun. Die Hotelaffäre und der Börschel-Handstreich drohen das Bürger-Vertrauen total zu zerstören und die altherwürdige Domstadt überall dem Spott preiszugeben.

Wir drei hier im Bild, die wir für die AfD im Stadtrat als Vertreter der kleinsten Fraktion Sitz und Stimme haben, wollen versuchen, der Bürgerschaft ihre Stadt zurückzugeben, die von einer parteiübergreifenden Koalition von Demokratie-Darstellern zur Beute genommen wurde. – Ja, das wird schwer, aber mit dem Augiasstall hat es einstmals schließlich auch geklappt! Tatsache ist, dass uns von allen Seiten (und nicht zuletzt von einer tendenziösen Presse) meist kalte Feindseligkeit entgegenschlägt. Anträge von uns, wie sinnvoll oder notwendig sie sein mögen, erfahren immer einstimmige Ablehnung. Aber Moment mal: Kürzlich gab es in einer Abstimmung zu unserem Antrag auf Befolgung eines höchstrichterlichen Urteils neben lauter Neinstimmen immerhin eine Enthaltung – und es war nicht irgendeine, sondern die der Oberbürgermeisterin. Der parteilosen Juristin im höchsten Kölner Amt ist der Sinn für Recht und Gesetz nicht abhanden gekommen, wie sich auch aus dem Nein in der Causa Börschel schließen lässt.

Übrigens lässt sich die Feindseligkeit der Altparteien bis zu einem gewissen Grade verstehen. Die Drei von den Blauen, das wissen sie, sind schließlich nur eine Vorhut, das Ergebnis der Kommunalwahl von 2014, als die AfD gerade ein Jahr alt war. Gemessen an den aktuellen Umfragewerten (wenn man von Forsa absieht) kann es in zwei Jahren eine drei- bis viermal so starke blaue Fraktion im Stadtrat geben. Für die Bürgerschaft sind das gute, für die Strippenzieher von Schwarz-Rot-Grün sicher schlechte Aussichten!



Wolfram Baentsch

Mitglied im Rat der Stadt Köln
Stv. Fraktionsvorsitzender der AfD-Fraktion
im Rat Köln
Stv. Vorsitzender der AfD Köln

„Der Sinn der Willkommenskultur entlarvt
sich als Geschäftssinn der Profiteure“
Seite 4, Hotelaffäre

Stephan Boyens

Mitglied im Rat der Stadt Köln
Fraktionsvorsitzender der AfD-Fraktion
im Rat Köln

„Faktenbasierte Politik für Köln
statt Wunschdenken!“
Seite 10, Historische Mitte
Seite 12, Dieselfahrverbote?

Sven W. Tritschler

Mitglied im Rat der Stadt Köln
Stv. Vorsitzender der AfD-Fraktion
im Landtag NRW
Stv. Vorsitzender der AfD Köln

„Die verantwortungslose Politik von Reker und Co. hat
Köln zur Hauptstadt der gefährlichen Orte gemacht.“
Seite 6, Gefährliche & verrufene Orte in Köln

Inhalt

Hotellaffäre – Klüngel wird Korruption	Seite 4 - 5
Verrufene & gefährliche Orte in Köln – Schlusslicht in NRW	Seite 6 - 8
Zitate	Seite 8
Der Fall Börschel – Großreinemachen erforderlich!	Seite 9 - 10
Historische Mitte – Baudesaster als Programm	Seite 10
Silvesternächte – Kostenexplosion	Seite 11
Dieselfahrverbote? – Die Ideologie im Auspuff	Seite 12
Kölner Kliniken – Kaputtgespart und ausgeblutet	Seite 13
Inklusion – Schulkinder als Opfer	Seite 14
AfD-Fraktion im Rat der Stadt Köln – Unser Fraktionsteam	Seite 15

Impressum:

Blauer Brief®
Ausgabe Sommer 2018

©Publikation der AfD-Fraktion Köln

Herausgeber:

AfD-Fraktion im Rat der Stadt Köln
Haus Neuerburg
Gülichplatz 1-3
50667 Köln

E-Mail: afd-fraktion@stadt-koeln.de
Tel.: 0221 – 221 25396
Fax: 0221 – 221 656 9684
www.afd-fraktion.koeln

V.i.S.d.P.
Wilhelm Geraedts, Fraktionsgeschäftsführer

Druckauflage:

100.000 Stück

Redaktion:

Ratsherren, Fraktionsmitarbeiter,
Sachkundige Bürger der AfD-Fraktion Köln

Bild- und Grafiknachweise:

Fotos: Michael Winkler,
Viva Colonia Fotografie – VC Foto

Alle Portraitfotos und Grafiken sind Eigentum
der AfD-Fraktion Köln.

Ausgenommen:
Seite 12: www.stock.adobe.com, ©Risiko Best
– stock.adobe.com, ID:#19458843
Seite 14: www.istockphoto.com,
Stock-Illustration-ID:583966090

Alle Rechte vorbehalten!

Für Grafiken und Bilder externer Urheber
gelten deren jeweilige Lizenzfreigaben und
Bestimmungen.

Rechtliche Hinweise:

Die Inhalte dieser Publikation wurden im gesetzlich gebotenen Rahmen mit Sorgfalt erarbeitet und geprüft.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht zwangsläufig die Meinung des Herausgebers wieder, der keine Garantie für Vollständigkeit oder Richtigkeit der Inhalte übernimmt. Jegliche Haftung für Personen, Sach- oder Vermögensschäden wird ausgeschlossen.

Jeglicher Nachdruck von Bildern, Grafiken und Texten – auch auszugsweise – bedarf der zuvor schriftlich eingeholten Zustimmung des Herausgebers.

Hotellaffäre

Klüngel wird Korruption



Die Geschichte wiederholt sich nicht, heißt es. In Köln wiederholt sie sich aber doch - oder sprechen wir hier besser von der unendlichen Geschichte: der des berühmten Kölner Klüngels?

Merkwürdig, dass der Begriff jenseits der Domstadt keine Verbreitung fand, obwohl er doch Praktiken bezeichnet, die nicht nur hier vorkommen, woanders in deutschen Großstädten aber offenbar nicht mit solcher Regelmäßigkeit.

Vielleicht hat sich deshalb der leicht drollige Stabreim vom Kölner Klüngel eingebürgert. Darunter lässt sich vieles verstecken, was sonst humorlos Korruption genannt werden muss, oder Bestechung, Unterschlagung, Untreue, Amtsmissbrauch, ungerechtfertigte Bereicherung und dergleichen Mafiamäßiges mehr. Unter dem großen Mantel des Klüngels war in Köln immer viel Platz.

Nun aber war plötzlich Schluß mit lustig! Ein paar Details über den Vertrag, mit dem eine CDU-Vorstandsfrau der Stadt

ihr Hotel zur Unterbringung von Migranten trotz rückläufigen Zustroms noch im Herbst letzten Jahres zu garantierten Höchstpreisen auf volle sieben Jahre vermietet! Das war zu viel für das strapazierte Rechtsempfinden der braven Bürger. Ein selten so erlebter Sturm der Empörung fegte durch die Stadt. Und in der Person der Hotelieuse traf der Volkszorn sicher nicht die falsche. Ihr Spruch, „ich tat es nicht des Geldes wegen“, wie der des Sozialdezernenten von den Grünen („Wir haben bei dem Vertragsabschluss unser Bestes gegeben“) fachte die Wut erst richtig an.

Mit den unmittelbar Beteiligten ist das Ausmaß der Dellbrücker Hotellaffäre aber noch lange nicht abgesteckt. Dubios macht den Vertrag nicht nur, was über den Inhalt bekannt geworden ist, sondern gerade auch das, was darüber verschwiegen wird. Es heißt, die Stadt habe sich verpflichtet, der Hotelbetreiberin eine Auslastung von 80 Prozent mit 35 Euro pro Nacht und Person bis Herbst 2024 zu vergüten, was einem Gegenwert von 2,3 Millionen Euro entspricht. Aber das ist nicht alles! Teurer

wird die Sache auch, weil ein weiterer Ausbau des Hotels in den Deal einbezogen sein soll, mit zusätzlichen Zahlungen der Stadt in der Größenordnung von nochmal 750.000 Euro.

Aber das ist nur, was gerüchtweise verlautet, es kann auch leicht noch teurer werden. Sicher ist, es fließt reichlich Geld der Bürger. Die aber sollen nicht erfahren, was alles drinsteht an Klauseln und Kautelen; denn der Vertrag soll wie eine reine Privatangelegenheit vertraulich bleiben!

Man sagt, im Auge des Orkans herrscht Ruhe. Tatsächlich gaben sich die Spitzenvertreter der Stadt den Anschein, als hätten sie mit der Hotellaffäre nichts zu tun. Immerhin gab die Frau OB eine Untersuchung des Falles in Auftrag, wofür sie von der FDP-Fraktion auch artig gelobt wird.

Unklar bleibt freilich, worauf sich die Untersuchung erstrecken soll. Wird sie sich wohl der Frage zuwenden, ob der anrühige Vertrag überhaupt rechtmäßig zustande gekommen ist? Die Anzeichen sprechen klar dagegen!

Nach den Regeln, die sich Rat und Verwaltung gegeben haben, muss jegliche Verpflichtung der Stadt ab einer Million Euro zwingend vom Stadtrat genehmigt werden; so schreibt es die Gemeindeordnung vor.

Den drei Ratsherren der AfD ist nicht bekannt, dass sie und die 87 Kolleginnen und Kollegen in der ehrwürdigen parlamentarischen Vertretung der Kölner Bürgerschaft mit der Hotelangelegenheit jemals befasst worden wären. Eine Untersuchung, wenn sie keine reine Alibiveranstaltung sein soll, muß die Frage beantworten, wer für die flagrante Rechtsverletzung verantwortlich ist. Was wusste der CDU-nahe Stadtdirektor Keller als Chef der Verwaltung vom Deal mit der CDU-Vorstandsfrau?

Nach ihrem konsequenten Einschreiten gegen den überfallartigen Coup aus

dem Hinterzimmer der Stadtwerke ruhen nicht wenige Hoffnungen auf der Oberbürgermeisterin: Vielleicht hat sie als Parteilose die Stärke, den Altparteien noch einmal in die Parade zu fahren.

P.S. Frau Reker hat die in sie gesetzten Erwartungen nicht enttäuscht. Aber die CDU scheint von allen guten Geistern verlassen. Nicht in der Lage, die allzu geschäftstüchtige Hotelfachfrau wenigstens aus dem Vorstand zu kegeln, liefert ihr die CDU des Bezirks auch noch einen Persilschein nach. Dem beim Komplott um die Stadtwerke ertappten Parteivorsitzenden Petelkau schließlich spricht die Fraktion ihr Vertrauen aus.

Das heißt ja wohl nichts anderes als „Weiter-So“!

Wolfram Baentsch

An der Rubensstraße...

...nah am Neumarkt steht ein Haus mit 9 Wohnungen, das im Herbst 2017 der Stadt zur Unterbringung von 30 Migranten angeboten wurde – für 3.200 € Monatsmiete. „Kein Interesse“, schrieb das Sozialdezernat dem Eigentümer, der sich seither wundert, dass zur selben Zeit das Hotel der CDU-Vorständlerin Horitzky für monatlich 27.300 € angemietet wurde – mit einer Vertragsdauer von vollen sieben Jahren, während im Zeichen rückläufiger Zuwanderung die Stadt sich in der Rubensstraße nur auf zwei Jahre verpflichten musste. In summa: 2.700.000 € Steuergelder.

Wenn das kein Fall für den Staatsanwalt ist!



Gefährliche & verrufene Orte in Köln

Schlusslicht von NRW

No-Go-Areas, Orte, an denen sich der Bürger nicht sicher fühlen kann, weil es dem Staat dort nicht gelingt, die Kriminalität im Zaum zu halten, kannten Deutsche bis vor wenigen Jahren allenfalls aus dem Fernsehen. Man mag in diesem Zusammenhang an französische „Banlieues“ oder südamerikanischen Vorstädte gedacht haben, nicht aber an die Straßen und Plätze in der eigenen Heimat.

Doch offene Grenzen und der allgemeine Zerfall gesellschaftlicher Normen sind auch an Deutschland nicht spurlos vorübergegangen. Zwei Schlagzeilen der jüngeren Vergangenheit haben gerade den Kölnern schmerzhaft vor Augen geführt, wie gefährlich es direkt vor der eigenen Tür sein kann:

Die Silvesternacht 2015/2016 mit exzessiven sexuellen Übergriffen durch nordafrikanische Migranten im Umfeld des Kölner Hauptbahnhofs ist bis heute weltweit ein Synonym für das Versagen der deutschen Asyl- und Sicherheitspolitik. Nur mit größten Anstrengungen und massivem Aufwand von Steuergeldern war es in den beiden vergangenen Silvesternächten möglich, eine Wiederholung dieser Vorfälle zu vermeiden [s. Artikel: Silvesternächte – Kostenexplosion, Seite 11].

Im vergangenen Jahr machte der Kölner Ebertplatz von sich reden. Ein Mordfall und ein massiver Anstieg der Drogenkriminalität sorgten für Schlagzeilen. Die Stadt Köln möchte nun bis 2020 eine Umgestaltung des Platzes vornehmen. Der Ebertplatz kann wohl – vor allem in den Abend- und Nachtstunden – als klassisches „No-Go-Area“ gelten. Ein Ort, an den man lieber nicht geht, weil man sich dort nicht sicher fühlen kann.

Wie aber genau sind diese „No-Go-Areas“ definiert? Offizielle Stellen nutzen den Begriff nicht. Allerdings gibt es im Polizeigesetz NRW den Begriff „gefährlicher oder verrufener Ort“ (§ 12 Abs. 1 Nr. 2), der in ähnlicher Weise Gefahrenbereiche umschreibt. Nicht jeder dieser Orte ist ein klassisches „No-Go-Area“, aber eine besondere Häufung von Straftaten und -tätern muss vorliegen, um einen



Ort entsprechend einzustufen. Dies ist für die Polizei deshalb von Belang, weil

sie an solchen Orten besondere Befugnisse hat, so darf sie zum Beispiel ohne konkreten Anlass Identitätsfeststellungen durchführen.

Da die Klassifizierung solcher Orte für die Bürger von besonderer Bedeutung ist, insbesondere wenn sie dort wohnen oder sich regelmäßig aufhalten, haben sieben Abgeordnete der AfD-Landtagsfraktion, darunter die drei Kölner Roger Beckamp, Iris Dworeck-Danielowski und Sven Tritschler eine sogenannte „Große Anfrage“ an Innenminister Herbert Reul (CDU) gestellt, um Näheres herauszufinden.

Bemerkenswert ist, dass Reul es zunächst nicht schaffte, die Anfrage innerhalb der gesetzlich vorgegebenen Zeit (drei Monate) zu beantworten, sondern um Fristverlängerung bitten musste, um schließlich innerhalb eines knappen halben Jahres zu antworten.

Das Ergebnis ist aus Kölner Sicht katastrophal: Von 26 als gefährlich oder verrufen eingestuftem Orten in Nordrhein-Westfalen entfallen volle 15 (!) auf die Domstadt.

Köln war bereits in früheren Erhebungen negativ aufgefallen: Im April 2017 war man mit 13 von 25 und im Januar 2016 mit 13 von 22 klassifizierten Orten ebenfalls mit Abstand Schlusslicht in NRW.

Gleichfalls erschreckend: Die genannten Orte haben sich in Köln kaum verändert. Andernorts ist es offenbar gelungen, durch polizeiliche und ordnungsrechtliche Maßnahmen, den öffentlichen Frieden wiederherzustellen, denn kaum ein Ort der in früheren Erhebungen auftaucht, ist auch heute noch als gefährlich oder verrufen eingestuft.

Anders in Köln: Hier sind nur drei Orte weggefallen und das auch nur, weil man sie der Einfachheit halber gleich mit anderen Orten zusammengelegt hat. Mit anderen Worten: Die Kriminellenhochburg Köln stagniert auf niedrigstem Niveau.

Teil der Anfrage an den Innenminister war auch die Frage nach den genauen Orten. Diese Antwort bleibt er freilich schuldig und versteckt sich hinter eher fadenscheinigen Gründen: Eine Stigmatisierung der Örtlichkeiten solle verhindert werden, da es in der Öffentlichkeit „zu Fehlinterpretationen kommen“ könne.

Vielmehr möchte man wohl verhindern, dass die Öffentlichkeit die richtigen Schlüsse aus der Sachlage zieht. Die sieben AfD-Abgeordneten, die die Anfrage eingebracht haben, werden sich jedenfalls so einfach nicht abspesen lassen: Der Innenminister wurde nochmals nachdrücklich aufgefordert, seiner Informationspflicht nachzukommen und wird sich andernfalls vor dem Verfassungsgerichtshof wiederfinden.

Auch im Kölner Rathaus schweigt man vielsagend zum vernichtenden Ergebnis der Anfrage. Oberbürgermeisterin Reker, die sicherheitspolitisch bisher nur durch Peinlichkeiten wie die Armlänge Abstand und das „Respekt“-Armbändchen aufgefallen ist, gefällt sich in der Rolle der supertoleranten Stadtoberen einer bis an die Schmerzgrenze toleranten Stadt.

Nichts und niemand darf das Bild der trauten Multikulti-Harmonie stören. Schon gar keine Fakten. Dass unter den Kriminellen Kölns außerordentliche viele

Migranten sind, will sie nicht zur Kenntnis nehmen. Köln sei schließlich (trotz Silvesternacht, trotz vernichtender Statistiken) die Musterstadt für gelungene Integration. Deshalb möchte man jetzt sogar für sechsstelligen Beträge aus der Kasse der Steuerzahler ein sogenanntes „Migrationsmuseum“ bauen.

Dabei ergibt sich auch aus der aktuellen großen Anfrage ein unübersehbarer Zusammenhang zwischen Migration und Kriminalität. Fast an allen genannten Orten sind Nichtdeutsche unter den Straftätern massiv überrepräsentiert. Nicht eingerechnet diejenigen, die einen deutschen Pass nur aufgrund der laxen Einbürgerungspolitik der vergangenen Jahre haben.



Die Kölner Stadtoberen, allen voran Henriette Reker, belassen es also weiterhin beim Leugnen und Ignorieren unübersehbarer Missstände – auf Kosten der Bürger. Insbesondere diejenigen, die sich keine teure Wohnung in besseren Wohnlagen leisten können, sind immer mehr von Kriminalität bedroht und in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt.

Dass es auch besser geht, zeigen andere Städte:

In Bad Kreuznach wird für bestimmte Plätze ein nächtliches Aufenthaltsverbot ausgesprochen, um so der Kriminalität Herr zu werden.

In Salzgitter patrouillieren Ordnungsamt und Polizei gemeinsam und werden mit besonderen Befugnissen ausgestattet.

Und in Düsseldorf werden längerfristige Aufenthaltsverbote (z.B. für die ganze Altstadt) ausgesprochen.

Düsseldorf hat wie viele andere Städte inzwischen keinen gefährlichen oder verrufenen Ort mehr, nur in Köln ist die Entwicklung fortlaufend negativ.

Doch wer hier im Stadtrat solche Lösungsansätze vorbringt, wird von den Altparteien niedergebrüllt: Die AfD hat seit 2014 zahlreiche Anträge zum Thema eingebracht, doch CDU, SPD, Grüne, FDP und Linke weigern sich, darüber auch nur zu diskutieren. Den Preis bezahlen die Bürger.

Natürlich spielen auch Faktoren eine Rolle, auf die die Kölner Politik keinen großen Einfluss hat. Insbesondere die unverantwortliche Flüchtlingspolitik von Angela Merkel hat einen unkontrollierten Zufluss von Straftätern ermöglicht. Nur ein Beispiel: Der Großteil der Sexualstraftäter der Kölner Silvesternacht war illegal oder als Asylbewerber im Land. Nicht einer hatte die deutsche Staatsbürgerschaft. Henriette Reker hat bezüglich der Sicherung unserer Grenzen und der deutschen Asylpolitik natürlich keine direkte Entscheidungsbefugnis. Hier sind Berlin und Brüssel zuständig. Das Wort des Oberhauptes von Deutschlands viertgrößter Stadt könnte aber Gewicht haben. Sie könnte nach



Berlin appellieren und eine Schließung der Grenzen fordern, weil man der migrationsbedingten Kriminalität in Köln nicht Herr wird.

Sie könnte auch an die Landesregierung in Düsseldorf appellieren und endlich konsequente Abschiebungen fordern. Dazu hätte sie auch die Möglichkeit, mit den Kölner Bundes- und Landtagsabgeordneten zusammenzuarbeiten. Mit den Abgeordneten der AfD (insgesamt immerhin fünf) spricht sie aber zum Beispiel kein Wort.

Die Wahrheit ist traurig: Henriette Reker und große Teile des Stadtrats verschlies-

sen die Augen vor der düsteren Realität in unserer Stadt und nehmen es dabei billigend in Kauf, dass Köln die Hauptstadt der No-Go-Areas geworden ist.

Die AfD Köln wird weiterhin den Finger in die Wunde legen und den Verantwortlichen den Spiegel vorhalten.

Das detaillierte Ergebnisse der Großen Anfrage und weiterführende Informationen finden Sie unter:

www.afd-fraktion.koeln

Sven W. Tritschler

Zitate

„Mit wachsendem Befremden beobachten wir, wie Deutschland durch illegale Masseneinwanderung beschädigt wird. Wir solidarisieren uns mit denjenigen, die friedlich dafür demonstrieren, daß die rechtsstaatliche Ordnung an den Grenzen unseres Landes wiederhergestellt wird.“

Von Vera Lengsfeld initiierte „Gemeinsame Erklärung“, die von März bis Anfang Mai 2018 von über 170.000 Menschen unterschrieben worden ist.

„Die Bürger werden eines Tages nicht nur die Worte und Taten der Politiker zu bereuen haben, sondern auch das furchtbare Schweigen der Mehrheit.“

Bertold Brecht

„Die Ära Merkel geht zu Ende. Zum Glück, denn sie steht für den sinnentleerten Machterhalt einer Monarchin.“

Wolfgang Streeck in FAZ v. 16.11.2017

„Wer einen deutschen Grenzposten erreicht und das Wort Asyl aussprechen kann, kann mit mehr als 95 Prozent Wahrscheinlichkeit auf immer in Deutschland bleiben. Das bedroht langfristig die Grundfesten des deutschen Staatswesens und der deutschen Gesellschaft. Ohne wirksame Kontrolle der Grenzen und vollständige Herrschaft über die Entscheidung, wer zu uns kommen darf, ist weder der Sozialstaat noch unser ganzes Gesellschaftsmodell überlebensfähig.“

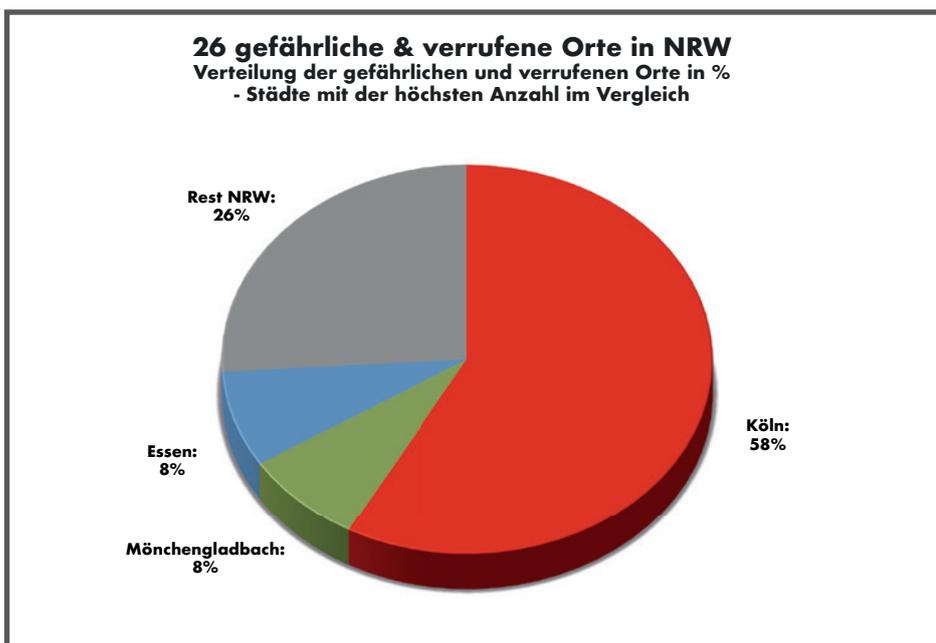
Thilo Sarrazin am 23.04.2018 in Achgut

„Ein Staatsoberhaupt, welches sein Volk nicht liebt, für selbiges nicht kämpft und sein Wohl nicht im Sinn hat, ist weniger wert als ein Pferdeapfel.“

Friedrich II. der Große, von Preußen zu Voltaire

„Hatte der Fall Horitzky noch ein Geschmäckle, so hat der Fall Börschel richtig Geschmack, und zwar einen ganz schlechten, der mich zum Ausspucken zwingt. Er ekelt mich an und macht mich richtig krank ... Ich spiele mit dem Gedanken, nach 50 Jahren aus der CDU auszutreten.“

Konrad Adenauer, Enkel des ehem. Bundeskanzlers in einem Leserbrief am 20.04.2018



Der Fall Börschel

Großreinemachen erforderlich!

Wenn die Unterwelt nach der Herrschaft greift, spricht man vom „Tiefen Staat“, seine Exponenten nennt man Paten. Niemand unter den Kölnern verdient diesen Titel mehr als der CDU-Vorsitzende Bernd Petelkau, der Grande der Grünen Jörg Frank und der SPD-Dominator Martin Börschel. Das Motiv des letzteren, den Spitzenjob bei den Stadtwerken in einem Akt erst zu schaffen und ihn sodann gleich selbst zu besetzen, dieses Motiv ist mit mind. 500.000 Euro pro Jahr immerhin klar beziffert.

Aber, welches Motiv hatten seine beiden Mitverschwörer, als sie sich im Handstreich der Stadtwerke bemächtigen wollten?

War im Gegenzug ein Zugriffsrecht der Schwarzen auf einen Geschäftsführerposten bei der KVB verabredet?

Und für die Grünen vielleicht der Sessel des Verkehrsdezernenten?

So ganz selbstlos, Börschel zum Gefallen, werden die beiden Spießgesellen ja wohl kaum verhandelt haben.

Alle miteinander haben es nicht für nötig gehalten, die formell höchste Repräsentantin der Millionstadt über den geplanten Anschlag zu informieren. Sie gingen offenbar fest davon aus, dass die Parteilose als OB von ihren Gnaden, den Durchmarsch widerspruchlos hinnehmen würde.

In dem Punkt hat sich die Hinterzimmerrunde allerdings verschätzt. Nach dem Sturm des Protestes bei Bekanntwerden der Hotelaffäre, die noch längst nicht restlos aufgeklärt war, sah Frau Reker weiteren Schaden auf die Stadt zukommen.

Weiter ►



Im fernen Augsburg, wo sie gerade weilte, hat sie ein Gefühl der eigenen Unabhängigkeit gespürt, das vordem an ihr so noch nicht wahrzunehmen war. Jedenfalls legte sie couragiert ihr Veto ein. Die Verschwörung war zum allgemeinen Erstaunen geplatzt.

Was lernen wir aus der Affäre?

Erst durch den Aufschrei der Öffentlichkeit konnte der dreiste Zugriff auf einen ungemein lukrativen Posten verhindert werden. Auch danach ist auf bessere Einsicht der Altparteien kaum zu

hoffen. Mit ihren Entschuldigungen weinen die Paten nur Krokodilstränen.

Der Vertrauensschaden für Köln ist da, wenn er auch die verheerenden Dimensionen nun nicht erreicht hat, die ein geglückter Börschel-Coup auf ganz lange Sicht verursacht hätte – als ein Köln unter der Herrschaft der Paten. Vielleicht sind wir noch einmal mit blauem Auge davongekommen.

Die Kölner Bürgerschaft wird hellwach bleiben müssen, um der Stadt die Reste der Seriosität zu erhalten, die nach den jüngsten Affären noch übriggeblieben sind.

Christer Cremer

Historische Mitte

Baudesaster als Programm



Köln kann es nicht lassen: In seiner Sitzung am 3. Mai hat der Rat der Stadt Köln grünes Licht für ein weiteres Mega-Bauprojekt gegeben.

Sein Name: Historische Mitte

Sein Ort: Südlich des Doms auf dem Roncalliplatz

Seine Form: Ein Betonwürfel auf 19.000 qm Grundfläche

Ganz gleich wie man zu dem Architektenentwurf steht – eine Frage sollte an dieser Stelle erlaubt sein: Ist die Stadt gut beraten nach den bisherigen Baudesastern nun einen weiteren „geschätzten Aufenthaltsort“ zu planen und in Angriff zu nehmen?

Es ist ja nicht so, dass wir in Köln auf eine Reihe von gelungenen Bauvorhaben der letzten 10 Jahren zurückblicken können:

- Nord-Süd Bahn mit Einsturz des Stadtarchivs
- Opernsanierung: Verdoppelung der Kosten, Eröffnung ungewiss
- Museumsmitte am Rathaus: immer noch Baustelle
- Tunnel Kalk: Pfusch am Bau, Fertigstellung ungewiss

- Kalkberg: Bauwerk instabil, Hubschrauberlandeplatz geplatzt
- Schul- und Kindergartenbauten: Sanierungsstau ohne Ende
- Brücken, Straßen und Infrastruktur: verrottet und verschlissen

Die AfD im Rat der Stadt Köln fragt: Kann es richtig sein, dass eine Stadt, die schon mit der Sanierung ihrer öffentlichen Gebäude offensichtlich heillos überfordert ist, ein weiteres Großprojekt stemmen will? Wie soll angesichts der desaströsen Bilanz der vergangenen Jahre das Projekt Historische Mitte nun auf einmal gelingen? Warum kann das Stadtmuseum nicht an seinem angestammten Ort im Zeughaus bleiben?

Wir fordern:

- Keine weiteren Planungen für ein weiteres Megaprojekt zu Lasten der Steuerzahler!
- Volle Konzentration auf die Abarbeitung der „offenen Baustellen“ bevor neue aufgemacht werden!
- Optimierung der Planungs- und Steuerungsprozesse in der Stadt durchsetzen, bevor weitere Bauvorhaben auch nur erwogen werden!

Stephan Boyens

Silvesternächte

Kostenexplosion

Die Kölner feiern gerne. Ob es der 11.11. oder die Karnevalswoche ist; es ist immer was los. Bis 2015/2016 war Silvester bei den Kölnern beliebt, da viele den Weg in die Innenstadt, zum Dom, finden. Dort konnte bis vor wenigen Jahren ohne viel Aufwand die Sicherheit der friedlichen Feiernden gewährleistet werden.

2015 war ein spannendes Jahr. Die Deutschen üben sich als Gastgeber vieler Flüchtlinge, die vor Krieg, Hunger und Aussicht auf ein besseres Leben die „beschwerliche“ Reise in einem Land, wo Milch und Honig fließt, aufzunehmen.

Angela Merkel erlebte in dem Jahr einiges an Gegenwind, was sie mit einem „Wir schaffen das!“ abbügelte. „Schaffen wir das?“ Diese Frage stellten sich viele an dem Neujahrmorgen 2016,

als die Welt der Grünen und Linken stillzustehen schien. In der Kölner Facebook Gruppe „Nett-Werk“ melden sich erste Augenzeugen und Opfer von gewaltbereiten Gruppen ausländischem Aussehens. Niemand möchte klar sagen, welche Menschen den Weg in die Innenstadt, neben den friedlichen Feiernden, gefunden hatten.

Die Bilanz dieser Nacht ist erschreckend. Die Zahl der Anzeigen stieg in den Tagen nach Silvester auf 652. Oberstaatsanwalt Bremer spricht von 739 Opfern, dieangaben angegriffen, bestohlen oder bedrängt worden zu sein¹.

Wie kann man als Stadt darauf reagieren? Man kann den Polizeipräsidenten entlassen, man könnte aber auch die blinde Willkommenspolitik beenden, die als Wunschtraum begonnen hatte, aber ein schnelles Ende fand.

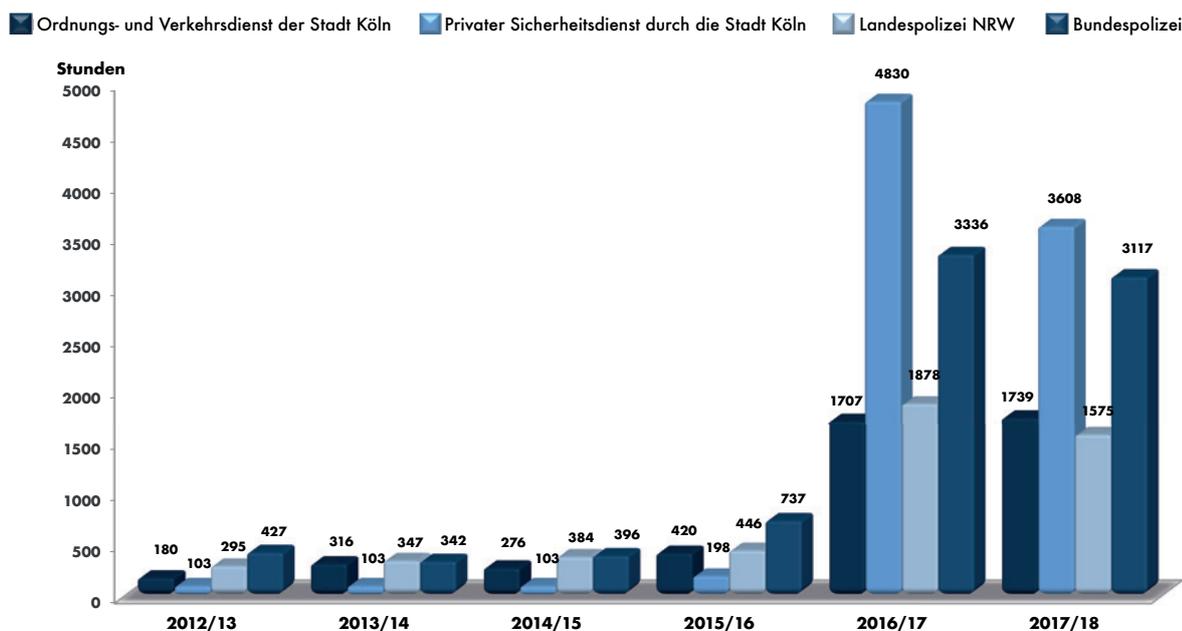
Was unternimmt eine Politik, die mit allen Mitteln an der Idee einer Multikulti-Gesellschaft festhält? Man bekämpft die Symptome am kranken Mann der Willkommenspolitik, nicht die Ursache. Silvester war bis 2015/2016 mit Kräften der Bundes – und Landespolizei, sowie des privaten und städtischen Sicherheits- und Verkehrsdienstes gesichert worden. Benötigte die Stadt Köln 2012/2013 noch ca. 1000 Stunden der Sicherungskräfte, so steigt die Zahl 2016/2017 um das Elffache.

Die Kosten dazu steigen ca. um das 36-fache. Auch das vergangene Silvester musste von einem überdimensionalen Aufgebot gesichert werden.

Ist das ein Köln, in dem wir gut und gerne Silvester feiern?

Matthias Büschges

Entwicklungsverlauf - Personalaufwand in Stunden an Silvesternächten in Köln seit 2012/13



¹) Für die Jahre 2012/13 und 2013/14 wurden die Zahlen bei privaten Sicherheitsdiensten aus dem Jahr 2014/15 übernommen, da laut Stadt Köln keine Erfassung der Buchung von privaten Sicherheitsdiensten in diesen Jahren vorliegen, es sich aber um ähnliche Zahlen handeln soll.

Unberücksichtigt bleiben in diesem Schaubild die Entwicklung des Personalaufwands wie z. B. durch den THW und der Feuerwehr sowie seit 2016/17 eingesetzte 3 Verwaltungsbeamte und bis zu 43 Regierungsbeschäftigte durch das Land NRW.

Dieselfahrverbote?

Die Ideologie im Auspuff



Fast alles, was wir in den vergangenen Wochen und Monaten in den Medien, in der Öffentlichkeit und nicht zuletzt im Rat zum Thema Dieselfahrverbote gehört und gelesen haben, ist ein Stück aus dem Tollhaus.

Vergegenwärtigen wir uns einmal die Fakten: Da ist zum einen die Deutsche Umwelthilfe, ein Verein mit ganzen 274 Mitgliedern, aber 90 festangestellten Mitarbeitern, einem Jahresbudget von 8,3 Mio. Euro und Spendern wie die Krombacher Brauerei, Rapunzel Naturkost und Toyota. Toyota, also diejenigen, die seit Jahren gegen die deutsche Dieselsechologie keinen Fuß auf den Boden bekommen. Kürzlich interviewt die Tagesschau Herrn Jürgen Resch, den Geschäftsführer der Umwelthilfe – im Hintergrund der Berliner Reichstag eingeblendet – ganz so, als ob dieser ein Volksvertreter wäre.

Das ist er mitnichten. Er vertritt einen Abmahnverein aus Radolfzell am Bodensee. Rund 30% der Einnahmen der DUH stammen aus Abmahnungen.

Nur nebenbei: Herr Resch hat keinerlei naturwissenschaftliche Ausbildung, ein Studium der Verwaltungswissenschaften hat er abgebrochen, damit ist er in der heutigen Zeit offensichtlich bestens qualifiziert, über eine der Existenzfragen der deutschen Wirtschaft zu befinden. Weite Teile der Öffentlichkeit, Politik und Industrie lassen sich von einem Abmahnverein aus Radolfzell vor sich hertreiben – das ist Deutschland, das ist Köln im Jahre 2018!

Und dann sind da zum anderen die Grenzwerte:

CO₂, Kohlenmonoxid, Stickoxide, Feinstaub

Bei CO₂ und Kohlenmonoxid ist der Diesel dem Ottomotor deutlich überlegen. Jeder, der etwas anderes behauptet, kennt die Fakten nicht. Feinstaub stammt zu über 90% aus anderen Quellen, ist also nicht auf Verbrennungsprozesse im Motor zurückzuführen, sondern entsteht überwiegend durch Abrieb. Bleibt das Stickoxid. Hier gelten bemerkenswerte Grenzwerte:

- An den Messstationen draußen im Straßenverkehr gelten 40 Mikrogramm pro m³ Luft. Im strengen Kalifornien hingegen gilt ein Wert von 100.
- An Arbeitsplätzen in Industrie und Handwerk gilt ein Wert von 950, in Büros immerhin noch von 60.

Länder wie Frankreich, Italien und Spanien verfügen nicht einmal über die Hälfte der deutschen Messstationen und platzieren diese oft weit entfernt von den Hauptverkehrsstraßen. Und wir: Wir platzieren unsere Messstationen direkt am Clevischen Ring neben einer der meistbefahrenen Straßen Kölns. Hier gilt einmal mehr: „In Brüssel wird's erdacht, in Deutschland wird's gemacht, in Italien wird gelacht!“ Schließlich führen wir die Dieseldiskussion zu einer Zeit, wo das Stickoxid-Problem bereits gelöst ist. Der Ausstoß von Stickoxid ist seit 1990 um über 60% zurückgegangen - Tendenz weiter fallend!

Sieben von zehn der saubersten am Markt verfügbaren Diesel kommen aus dem VW Konzern. Das muss selbst die Deutsche Umwelthilfe einräumen. Und wir wollen mit diesem Wissen in Köln ernsthaft den Dieselmotor aus der Stadt verbannen? Es soll hier gar nicht über die Folgen für eine der Schlüsselindustrien am Standort Deutschland spekuliert werden. Aber was bedeutet das für die Menschen und Gewerbetreibenden in Köln? Es werden damit genau die Menschen getroffen, die es „nicht so dicke haben“, die Handwerker und die wertschaffenden Milieus in dieser Stadt, die auf ihren – meist älteren Diesel - dringend angewiesen sind! Ein weiterer Beleg für die unsoziale, abgehobene und realitätsferne Politik der maßgebenden Akteure in dieser Stadt.

Nehmen wir zur Kenntnis: Der moderne Diesel ist der sauberste und effizienteste Motor für einen PKW. Wer etwas anderes behauptet, leugnet die Fakten.

Frau Reker hat unlängst im Kölner Stadtanzeiger Fahrverbote als unvermeidlich bezeichnet. Diese Aussage ist falsch, sie ist unnötig und sie zeugt davon, dass ihr offensichtlich die Fakten und technischen Zusammenhänge nicht im Ansatz bekannt sind. Frau Reker und die sie unterstützenden Parteien betreiben eine unsoziale und abgehobene Politik und schaden damit dem Wirtschaftsstandort Köln und Deutschland!

Die AfD lehnt Fahrverbote ab!

Stephan Boyens

Kölner Kliniken

Kaputtgespart und ausgeblutet

Nun hat man ihn gefunden, den Sündenbock: den Chef der Kölner Kliniken Roman Lovenfoss-Gehrt! Er muss auf eine Empfehlung des Aufsichtsrates der Kölner Kliniken hin seinen Hut nehmen, der ihm wohl nie passte ... Damit zieht die Stadt die Konsequenzen aus der misslichen wirtschaftlichen Lage, in der sich das Unternehmen mit den Krankenhäusern Merheim, Holweide und der Kinderklinik an der Amsterdamer Strasse befindet. Erst im März musste die Stadt eine Finanzspritze von elf Millionen Euro bewilligen, um die Kliniken vor der Zahlungsunfähigkeit zu retten.

Die Krankenhäuser schreiben seit Jahren rote Zahlen. Das Minus für 2017 dürfte sich lt. KStA auf mindestens acht Millionen Euro belaufen, das Eigenkapital spätestens am Jahresende aufgebraucht sein – durch die Finanzierung notwendiger Investitionen.

Hier stellt sich die Frage, wieso das Eigenkapital für Investitionen verbraucht wird, die nach dem Klinikfördergesetz vom Land hätten finanziert werden müssen? Ganz einfach – die rot-grüne Landesregierung ist ihrer rechtlichen Verpflichtung zur Übernahme der Investitionskosten nicht nachgekommen!

Und ausgerechnet Herr Paetzold als SPD-Aufsichtsratsvorsitzender empfiehlt seine Freistellung mit sofortiger Wirkung – und wäscht seine Hände in Unschuld. Wenn ein Wirtschaftsprüfer darüber hinaus innerhalb von 14 Tagen in drei großen Kliniken erhebliche Mängel festgestellt haben will, fragt man sich, wie es bis dahin mit der Wahrnehmung der Aufsichtspflicht in diesem Gremium bestellt war? Wie viel Fach- und Sachkompetenz sitzt in diesem politisch bestimmten Gremium, um wiederum die von Herrn Lovenfoss-Gehrt beurteilen zu können?

Vorgeworfen wird ihm von den offenkundig untätigen Mitgliedern des Aufsichtsrates ein systematisches Kaputtsparen der Kliniken mit einer nachfolgenden Fluktuation von Führungspersonal. Letztlich aber muss Lovenfoss-Gehrt für das politische Versagen den Kopf als Bauernopfer hinhalten.

Wie soll nun das Sanierungskonzept aussehen: Frau OB Reker schlägt einen Verbund der städtischen Kliniken mit dem Uniklinikum vor – der Arbeitnehmerflügel der CDU ist dagegen.

SPD und Linke sehen den Verbund ebenfalls kritisch – sie befürchten Nachteile bei der Grundversorgung der Patienten.

Lediglich die FDP hat sich ohne Vorbehalte für eine Fusion ausgesprochen.

Nach dem Reden erfolgt nun das übliche Zerreden – und der Wert der Kölner Kliniken sinkt weiter ...

Die AfD sieht die Ursache vor allem in der verweigerter Übernahme von Investitionskosten durch die rot-grüne Landesregierung. Die jetzige CDU/FDP-Regierung hat eine Teilfinanzierung als Grundstein zu einer Sanierung zugesagt. Insofern sehen wir darin die Möglichkeit zu einer weiteren Eigenständigkeit der städtischen Kliniken.

Gleichzeitig befürworten wir eine Beteiligung beispielsweise der UNI-Klinik, um Synergiegewinne zu erzielen – ohne die Mehrheit der Stadt Köln zu gefährden. Für die notwendige Stärkung des Eigenkapitals könnte ein Fonds gegründet werden und der jämmerlichen Rolle des Aufsichtsrates gilt es mit der Berufung von Fachleuten (auch externen) zu begegnen.

Einen Verkauf an private Investoren schließen wir aus, da ihnen der Profit sicherlich wichtiger als die Grundversorgung der Patienten ist!!!

Gunnar Witzmann



Inklusion

Schulkinder als Opfer

Die unendliche Vielfalt der Natur, sie spiegelt sich auch beim Menschen wider, so, als ob es einem schöpferischen Willen entspräche. Eben diesen Willen haben die rot-grünen Bildungsideologen beiseite geräumt. Statt Förderung der Individualität folgen sie ihrem sozialistischen Gleichheitswahn: Am liebsten würden sie eine Schule für alle etablieren, wie das Die Linke im Schulausschuss tatsächlich gestanden hat.

CDU und FDP hingegen geben vollmundige Erklärungen zum Erhalt der Förderschulen ab, verwalten aber letztlich nur den eingetretenen Missstand. So wird beispielsweise die geschlossene Förderschule in Porz-Finkenbergr wohl nicht mehr reaktiviert, obwohl die betroffenen Lehrer durch ihre Versetzung als auch die Eltern der zu allgemeinen Schulen versetzten Kinder mittlerweile befürchten, dass der individuelle Förderbedarf nicht erfüllt wird und nicht erfüllt werden kann.

Dabei haben sich viele durch die rot-grüne Propaganda zu einem „gemeinsamen Lernen“ zu dieser Entscheidung verleiten lassen...

Wie soll das auch funktionieren in einer Klasse mit 20 „normalen“ und 5 Schülern mit „sonderpädagogischem“ Förderbedarf?! Beispielsweise kann sich eine körperliche Beeinträchtigung durch ein verlangsamtes Lerntempo auszeichnen, psychosoziale Defizite bedürfen einer besonderen Zuwendung durch die Pädagogen. Erst die Differenzierung der Förderschule nach Schwerpunkten und einer entsprechenden Arbeit in kleinen Gruppen ermöglicht das.

Die an allgemeine Schulen versetzten Sonderpädagogen fühlen sich dabei entwertet, da sie als Co-Lehrer zwar im Unterricht begleitend zur Verfügung stehen, aber den Förderbedarf ihrer „5“ anvertrauten Schüler/innen nicht mehr im notwendigen Maße unterschiedlich erfüllen können. Die Eltern der anderen „20“ Schüler/innen könnten wiederum befürchten, dass ihre Kinder durch Rücksichtnahme auf diese „5“ Beeinträchtigungen im Lernfortschritt erfahren, die ihren Übergang auf weiterführende Schulen gefährden.

Hier degeneriert rot-grüne Gleichmacherei zum Selbstzweck!

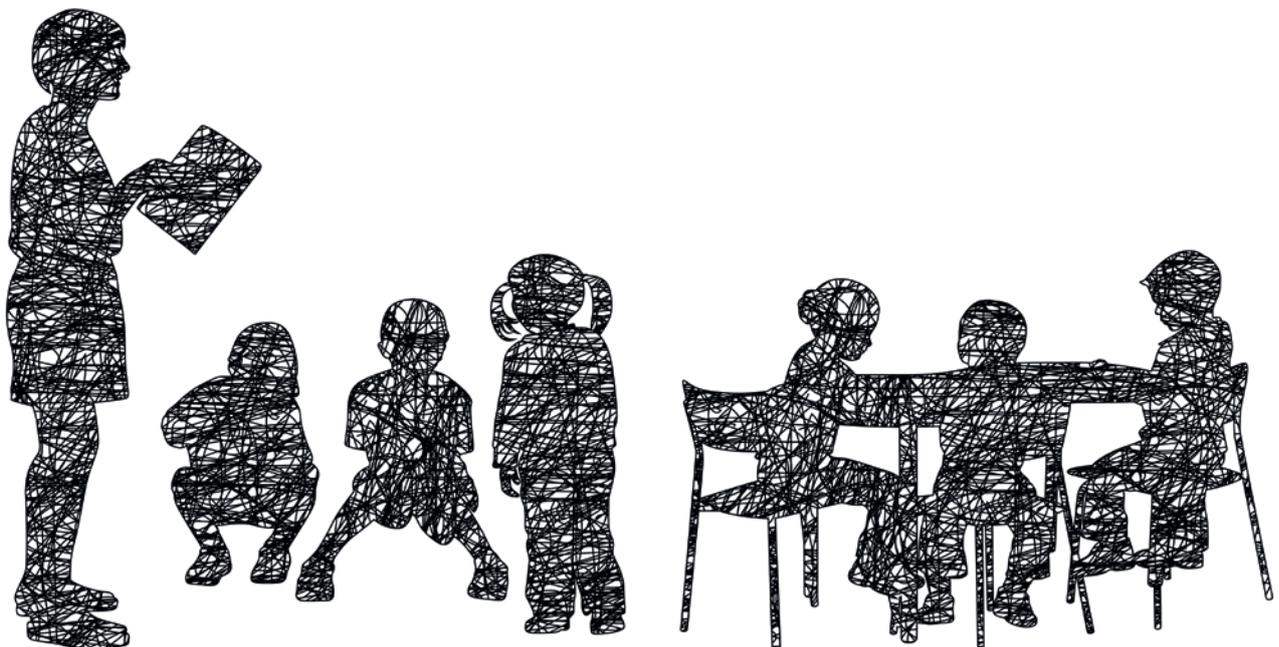
All dem liegt die UN-Behindertenrechtskonvention von 2006 zugrunde, die den Anspruch aller Menschen mit Behinderung auf Teilhabe an sämtlichen Bildungsangeboten hervorhebt. Ausdrücklich aber stellt die Konvention gute bisherige Strukturen nicht in Frage, sofern sie dem Anliegen der Konvention entsprechen.

Sie macht keine Angaben, auf welchem Weg und speziell mit welcher Schulstruktur diese Teilhabe erreicht werden soll! Deshalb fordert die AfD im besten konservativen Sinne ein Zurück zum Erhalt und Ausbau einer bewährten Schulform!

Die rot-grünen Bildungsideologen haben durch die Ergebnisse einer Propaganda für „gemeinsames Lernen“ ohne Not eine Not geschaffen, in der die einen überfordert und die anderen unterfordert sind. Wem kann unter solchen Bedingungen noch Gerechtigkeit zuteil werden?

Die AfD setzt sich auch in Köln für den Erhalt der Förderschulen ein.

Helmut Nickenig



Willkommen bei der **AfD-Fraktion** im Rat der Stadt Köln

Unser Fraktionsteam



Fraktionsgeschäftsführer Wilhelm Geraedts (M) mit den Fraktionsreferenten Helmut Nickenig (l) und Matthias Büschges (r).

Was wären die 90 Mitglieder im Kölner Stadtrat, wenn sie ohne ihr Fraktionsbüro auskommen müssten, das im Hintergrund die Tagesarbeit leistet?

Sie alle wären in der Flut der Ereignisse ziemlich hilflos, die Tag für Tag gewichtet, kanalisiert und entscheidungsreif aufbereitet werden müssen, bevor die wichtigsten Themen, formuliert als Anfrage oder Antrag, im Plenum öffentlich gemacht werden können.

Weil ohne das Büro die Arbeit im Stadtparlament, ähnlich wie in Landtagen oder auch im Bundestag, schlichtweg nicht zu bewältigen wäre, werden für

alle Fraktionen Bürobetrieb und Personalkosten von der Kommune finanziert. Je nach Größe sind die Fraktionen mit mehr oder mit weniger Mitteln bedacht worden. Dass die AfD als kleinste der sechs Fraktionen auch die geringsten Zuweisungen erhält, wäre ganz in Ordnung – wenn, ja wenn es dabei nach Recht und Gesetz zugehe. Dem war nicht so, als das Oberste Verwaltungsgericht im vorigen Jahr uns eine zusätzliche Stelle zuerkannte. Und dem ist immer noch nicht so, weil die Mehrheit im Rat das höchstrichterliche Urteil nur unzureichend umsetzen mochte (weshalb die AfD-Fraktion gerade wieder aufs neue vor den Kadi ziehen muss).

Mit solchen Widrigkeiten schlägt sich Wilhelm Geraedts herum, der unser Fraktionsbüro leitet.

Der pensionierte Berufssoldat wird in seiner Arbeit unterstützt von Helmut Nickenig, Oberstudienrat i.R. und Matthias Büschges, der als Student der Regionalwissenschaften gerade seine Bachelor-Arbeit abgeschlossen hat. Alle drei sind neben der Fraktionsarbeit noch ehrenamtlich für die AfD mit anderen Aufgaben unterwegs. Geschäftsführer Geraedts ist außerdem Schatzmeister des Kreis- und des Bezirksverbands, sitzt in Stellvertretung im Verkehrsausschuss der Bezirksregierung und vertritt als Einzelmandatsträger die AfD im Rathaus Porz.

Referent Nickenig ist zugleich Sprecher im Stadtbezirksverband Porz und sein junger Kollege Büschges nimmt diese Aufgabe im neugegründeten Stadtbezirksverband Ehrenfeld, Nippes, Chorweiler wahr. Langeweile hat keiner von den Dreien zu befürchten.

Zur Kommunalpolitik gehört unverzichtbar die Arbeit in den 19 verschiedenen Ausschüssen, wo unsere junge Partei noch nicht überall angekommen ist. Fachlich interessierte Bürger, allzu gern auch Bürgerinnen, von denen es bei uns leider noch zu wenige gibt, finden in der Alternative zu den vielfach festgefahrenen Positionen der Altparteien ein reiches Betätigungsfeld – und immer auch ein Klima des respektvollen und freundschaftlichen Umgangs miteinander.

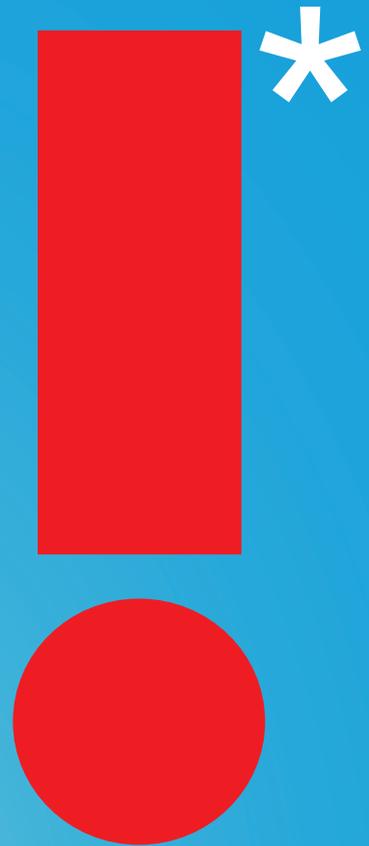
**Wir suchen interessierte Bürger für unsere kommunalpolitische Arbeit.
Machen Sie mit! Wir freuen uns auf Sie!**



Bei Interesse kontaktieren Sie uns unter: AfD-Fraktion im Rat der Stadt Köln

Haus Neuerburg · Gülichplatz 1-3 · 50667 Köln · afd-fraktion@stadt-koeln.de · Tel.: 0221 – 221 25396

WERDEN SIE AKTIV



Kommunalpolitik mitgestalten

* In der Kommunalpolitik gibt es viele Felder für Ihre Betätigung:

- Kunst & Kultur
- Soziales & Senioren
- Schule & Weiterbildung
- Jugendhilfe
- Umwelt & Grün
- Sport
- Gesundheit
- Verkehr
- Bauen & Wohnen



Alternative
für
Deutschland

Kölner Ratsfraktion